

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large red curved arrow pointing upwards and to the right, which is the logo of the AfD party.

Neuer Haushaltsnotstand „wegen des historischen Ukraine-Kampfs“?!

Wann immer durch menschenferne Regenten Durchhalte-Pathos und historische Dimensionen bemüht werden, wird es für Bürger gefährlich und teuer. Der grüne Vizekanzler Habeck hat es wieder getan: „Der Kampf der Ukraine hat eine historische Dimension. Daran wird dieses Land gemessen, wenn die Geschichtsbücher über dieses Jahrhundert geschrieben werden. [Wir] haben alles Notwendige auf den Weg gebracht: Die Ukraine bekommt in Zukunft Geld, von dem sie sich Waffensysteme kaufen kann“. Das gelte unabhängig von ohnehin geplanten Milliardenhilfen der G7-Staaten und der EU [50 bzw. 500 Milliarden Euro!]. Die deutsche Verpflichtung der Ukraine gegenüber sehe man „ohne Wenn und Aber“. Zur Frage, ob nun eine Haushaltsnotlage erklärt werde, damit Deutschland mehr Schulden aufnehmen könne, sagte Habeck, darüber wolle er „nicht spekulieren“!

einanderfolgende Nutzung einer solchen „Notsituation“ seit 2020! Diese formellen „Krisen“ beruhen –wie wir heute dank der geleakten RKI-Protokolle sicher wissen– auf vorsätzlich aus rein machtpolitischen und wissenschaftsfernen Gründen angeordneten politischen Befehlen bzgl. der Gefährlichkeit eines harmlosen Grippevirus und bzgl. der angeblichen Gefährlichkeit des Spurengases CO₂, das ohne politisch-totalitäre Eingriffe unweigerlich zum „Klimanotstand“ führen werde...

Ohne den dauerhaften Notstand und damit ohne sonst klar verfassungswidrige Corona- und Klimaschulden wäre die Ampel schon im Jahr 2021 gescheitert. Die Krisen waren lügenbasiert, grundlos und damit illegal. Kredite für einen Krieg, der nicht der unsere ist, sind es ebenso.

Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die grünen Kriegstreiber in Berlin nun rhetorisch eine „Notlage“ gemäß Artikel 115 Grundgesetz ausrufen, damit die multikulturell-supranational verschwenderische und chronisch geldknappe Regierung ihre selbstgemachte Haushaltsnotlage wieder einmal durch eine externe „Naturkatastrophe und Notsituation“ kaschieren und kompensieren kann! Es wäre die SECHSTE auf-

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer_mdb

 pboehringer

MdB Stephan Protschka, AfD, lud wieder in den Bundestag ein

Vergangene Woche fand die viertägige Politische Bildungsfahrt des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka statt. Knapp 50 Gäste aus dem Wahlkreis und Umgebung nahmen an der Reise teil, die vom Bundespresseamt organisiert und ausgerichtet wird.

Neben der Stadtrundfahrt mit dem eigenen Reisebus standen auch historische Brennpunkte auf dem Programm: Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand gilt als eine der Hauptattraktionen in der Auseinandersetzung der deutschen Geschichte über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Gedenkstätte will zeigen, wie sich einzelne Menschen und Gruppen in den Jahren 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben.

Für Luftfahrtinteressierte war der Besuch des militärhistorischen Museums ein Highlight. An diesem historischen Ort werden Wissen und Geschichten aus über 120 Jahren militärischer Luftfahrt und Luftkrieg lebendig - multiperspektivisch, kritisch und mit vielen Personenbezügen erzählt. Liebhaber von Kunst und Kultur kamen an der East-Side Gallery auf ihre Kosten.

Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft erhielten die Besucher einen Einblick in das Themengebiet des Abgeordneten Stephen Protschka, welcher agrarpolitischer Sprecher der AfD Fraktion und Obmann für Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag ist.

Ein Einblick in den Bundestag selbst, mit einem Vortrag auf der Besucherebene des Plenarsaals, durfte natürlich auf dieser Reise wieder nicht fehlen. Ebenso wie der weite Ausblick über Berlin auf der Kuppel des Reichstags.

"Leider können in der kurzen Zeit Themenblöcke nur angerissen werden, das ist klar. Aber die BPA-Fahrt macht neugierig auf die Bundeshauptstadt. Es freut mich, auf diese Weise Bürgerinnen und Bürger für Politik begeistern zu können", sagt der Abgeordnete Stephan Protschka.

Wer an einer Fahrt im Jahr 2025 teilnehmen möchte, kann sich über wahlkreisbuero@stephan-protschka.de vormerken lassen.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Die Vereinigten Staaten verstärken ihre nuklearen Ambitionen

Interessierte Leser werden sicherlich meine Reise zum Nachhaltigkeitsforum in New York, bei der UN verfolgt haben. Auf zwei Dinge möchte ich im Nachtrag hinweisen. Neben Treffen mit internationalen Vertretern oder mit Repräsentanten der UNO gab es auch Treffen mit Vertretern der Stadt New York im Bereich Abwasser, Verkehr und Müllentsorgung. Des Weiteren mit Vertretern die aus kommerziellen Gründen damit befasst sind, Hochhäuser, z.B. das Empire State Building, zu dekarbonisieren. Diese Bemühungen verlaufen alle gleich, die Dekarbonisierung der Energie findet nicht in der Stadt New York statt, sondern im Staat New York. Genauer gesagt mit Hilfe von Wasser- und Kernkraftwerken die im Staat verteilt sind. Und so zeigt sich im Stadtbild New Yorks, auch in größter Höhe ein für uns Deutsche ungewohntes Bild. Es ist keine einzige Photovoltaikzelle zu sehen! Nicht eine einzige. Der CO2 arme Strom kommt von außerhalb aus dem Staat New York, bis hoch zum Wasserkraftwerk an den Niagarafällen.

Ein weiterer Punkt ist die in Deutschland leider weitestgehend unbemerkte Annahme des ‚Advance Act‘ in den USA Anfang Juni. Dieser vereinfacht die Zulassung, Lizenzierung und den Export von kleinen modularen Nuklearreaktoren zur Energiegewinnung und Bereitstellung. Des Weiteren verstärkt er die

Bereitstellung nuklearer Brennstoffe für Kernkraftwerke weltweit, durch Ausbau der Brennelementeherstellungskapazitäten und er sichert die bestehende Nuklearkapazität für den amerikanischen Strommarkt.

Da beide Parteien in den USA diese Entwicklung unterstützen befinden sich diese nun auf einen vielversprechenden Weg in eine Zukunft der gesicherten Energieversorgung in der sie auch den deutschen Konzernen, die mit dem ‚Inflation reduction act‘ ins Land gelockt werden, viel preiswerte Energie anbieten können.

In Deutschland träumt die Ampelkoalition noch das Märchen von viel und preiswertem Strom aus Wind und Sonne, während sich der Rest der industriellen Welt auf den Weg ins nukleare Zeitalter begibt. Als Folge wandern Monat für Monat Konzerne aus Deutschland ab, um sich die preiswerte Energieversorgung zu sichern, die diese im globalen Wettbewerb benötigen. Dies ist der Anfang vom Ende unseres Wohlstandes.

Kein deutscher Alleingang bei der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen

Am Rande des Gipfels zum 75. Bestehen der NATO in Washington haben die USA und Deutschland am 10. Juli 2024 in einer bilateralen Erklärung angekündigt, ab 2026 landgestützte US-amerikanische Raketen vom Typ SM-6 und Tomahawk mit strategischer Reichweite sowie Hyperschallwaffen in Deutschland zu stationieren, und zwar nur in Deutschland, also in keinem anderen europäischen Land. Betont wird dabei, dass diese Systeme nur konventionell bewaffnet seien. Verteidigungsminister Boris Pistorius spricht von „Übergangsmaßnahmen“ zur Schließung von NATO-Fähigkeitslücken bis zur Entwicklung eigener, abstandsfähiger europäischer Präzisionswaffen.

45 Jahre nach dem NATO-Doppelbeschluss unter dem damaligen SPD-Kanzler Helmut Schmidt sieht der heutige SPD-Kanzler Olaf Scholz, trotz weitreichender Folgen für die Sicherheitslage Deutschlands keine Notwendigkeit, das Für und Wider der Stationierung in der deutschen Öffentlichkeit, dem Deutschen Bundestag oder wenigstens in seiner eigenen Partei zu diskutieren. Er verzichtet mit seinem bilateralen Alleingang auch darauf, die Entscheidung mit anderen, europäischen Bündnispartnern abzustimmen und somit die Risiken zu teilen. Während für Helmut Schmidt Abschreckung bei gleichzeitig stattfindender Diplomatie wichtig war, setzt Scholz ausgerechnet in

der jetzigen, eskalierenden Phase mit Russland ausschließlich auf die Sprache der Waffen. Das ist klar das falsche Signal! Die Kombination aus hoher Geschwindigkeit und großer Manövrierfähigkeit moderner Waffensysteme lässt praktisch keine Reaktionszeit des Gegners mehr zu. Dadurch erhöht sich das Risiko von Fehleinschätzungen bis hin zum atomaren Erstschlag, zumal Russland über ein breites Spektrum an atomar bestückbaren Systemen im Kurz- und Mittelstreckenbereich verfügt (Iskander-Raketen und Marschflugkörper). Diese sind bereits auf dem Gebiet der russischen Exklave Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, aufgestellt und bedrohen schon heute, in direkter Nachbarschaft, Deutschland und andere NATO-Staaten.

Als Mitglied im Verteidigungsausschuss und abrüstungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion lehne ich das Vorantreiben der Eskalationsspirale beider Seiten ab. Das gilt insbesondere auch für die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Derzeit ist weder klar, unter welchen Voraussetzungen die Waffen zum Einsatz kommen sollen, noch, ob die Befehlsgewalt rein national der USA unterliegt oder ob Deutschland und gegebenenfalls auch anderen NATO-Bündnispartnern eine Mitsprache beim Einsatz dieser Waffensysteme eingeräumt wird.

Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Sicherheitspaket der Bundesregierung ist hilflos und nachweislich gelogen

Die Bundesregierung hat nach dem Terroranschlag in Solingen ein „Sicherheitspaket“ geschnürt. Die Sicherheitslage in Deutschland ist derart desaströs, dass selbst die Ampel unter dem Eindruck der Landtagswahlen zumindest irgendwie hektisch handelte. Die Bürger goutieren anscheinend doch keinen Staat, der sich von aller Welt auf der Nase herumtanzen lässt. Dieses eigentliche Problem soll später im Detail durch weitere Ampel-Runden auf Bundesebene zerredet werden. Erstmal sind nun Heimaturlaube künftig durch Entziehung des Schutzstatus zu sanktionieren. Außer natürlich, man hat einen Notfall, etwa eine Beerdigung. Dazu ist nun zu vermuten, dass Verwandte künftig verdächtig oft in Syrien oder Afghanistan „das Zeitliche segnen wird“. Die Kontrollen werden wie immer nicht stattfinden (können). Das verschweigt Justizminister Buschmann tunlichst. Wäre auch zu offensichtlich und allzu peinlich.

Plötzlich sind Leistungsstreichungen bei abgelehnten Asylbewerbern möglich. Pferdefuß: Das Herkunftsland muss auch Flüchtlinge zurücknehmen und es gibt wieder die Hintertür des Härtefalles. Nachträglicher biometrischer Abgleich mit öffentlich zugänglichen Daten aus dem Internet für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist immerhin nun möglich (dies wur-

de vorher tatsächlich nicht durchgeführt). Bei Abschiebungen darf man nun sogar auch in benachbarte Schlafstätten hineinschauen. Mit dem Bade ausgeschüttet wird die Sache aber durch eine Verschärfung des Waffenrechts bzw. das weitreichende Verbot von Messern in der Öffentlichkeit für alle Bürger. Schnellere Ausweisungen bei Straftaten mit Messern oder bei rassistischen, frauenfeindlichen Motiven wirken dann eher hilflos. Auch die Behauptung von Nancy Faeser, „nun an der Grenze zurückzuweisen“, ist als Lüge überführt worden: Sie will einfach das Asylverfahren im Land angeblich wie von Zauberhand auf ein Zehntel der Dauer reduzieren. Sand in die Augen der Bundesbürger.

Die Niederlande machen es vielmehr vor und denken offen an die Ausrufung eines nationalen Notstandes. In diesem Fall nach Art. 15 EMRK wären Grenzsicherungen und Zurückweisungen, also erst einmal eine „Null-Migration“ durchaus machbar. Notwehr auf EU-Ebene. Wenn „Schengen dadurch in Gefahr“ gerät, muss dieses Opfer erbracht werden.



Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Immer mehr deutsche Unternehmen in China: Chancen und Herausforderungen

Welche Maßnahmen können angesichts der aktuellen politischen Spannungen ergriffen werden, um langfristig stabile und faire Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen Mittelständlern und China zu gewährleisten?

Als stellv. Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe führte ich in den letzten Monaten intensive Gespräche mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie der Auslandshandelskammer. Besonders die Abwanderung von Unternehmen nach China stand hierbei im Fokus. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von niedrigeren Produktionskosten in China über attraktive Subventionen und einen wachsenden Absatzmarkt bis hin zu flexibleren gesetzlichen Regelungen. Diese Faktoren sollten wir in unserer heimischen Wirtschaftspolitik berücksichtigen und entsprechende Anreize schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken.

In China gibt es mittlerweile über 5.000 deutsche Mittelständler, die erheblich auch zur lokalen Wirtschaft beitragen. Eine kürzlich durchgeführte Befragung ergab, dass der überwiegende Teil dieser Unternehmen beabsichtigt, auch weiterhin in China zu bleiben. Wichtig ist jetzt für gute wirtschaftliche und po-

litische Rahmenbedingungen zu sorgen. Es reicht nicht aus, lediglich auf kurzfristige politische Veränderungen zu reagieren; wir müssen strategisch agieren, um die langjährigen Kooperationen, die wir mühevoll über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben, zu schützen.

Die zunehmenden Spannungen mit China, nicht zuletzt auch ausgelöst durch das unüberlegte und undiplomatische Verhalten unserer Außenministerin, sehe ich mit Sorge. Sollten sich die Bedingungen weiter verschlechtern, könnte dies extreme Konsequenzen nach sich ziehen. Viele der mittelständischen Unternehmen wären dann gezwungen, China zu verlassen, was nicht nur für sie und auch für die globale Wirtschaftsverflechtung äußerst schädlich wäre. Deutschland und China verbinden seit fast 50 Jahren gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Und auch wenn kritische Fragen zu Macht und Einfluss Chinas durchaus wichtig und angebracht sind, so liegt es trotzdem in unserem Interesse und unserer Verantwortung, uns für stabile und faire Rahmenbedingungen einzusetzen. Nur so können wir gewährleisten, dass unsere Unternehmen weiterhin erfolgreich in China operieren und dabei zugleich die bilateralen Beziehungen stärken.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de



Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.twitch.tv/gerrithuy)

Die deutsche Rentenpolitik ist eine Farce

Während Rentner in anderen europäischen Ländern wie den Niederlanden oder Griechenland großzügig versorgt werden, dürfen sich unsere Senioren durchschnittlich mit mickrigen 1.384 Euro im Monat zufriedengeben - nachdem sie 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt haben.

Und während die Inflation - befeuert durch die Energiepolitik -, unsere Rentner zunehmend ärmer macht, hat sich Arbeitsminister Heil für die Sanierung des Staatshaushalts ein neues Kunststück der Täuschung ausgedacht: **Rentenbeiträge erhöhen, um den Staatszuschuss zu senken.** Dieser war zuvor nicht nur fest versprochen, sondern auch durch Berechnungsvorschriften festgeschrieben. Und er deckt ohnehin nur einen Teil der versicherungsfremden Leistungen ab, die sich die Politik in den vergangenen Jahren ausgedacht hat. Den anderen Teil lässt der Staat die Rentner zahlen – ein krasser Diebstahl an den Rentnern, die schon jetzt zum großen Teil armutsgefährdet sind.

Auch die jungen Arbeitnehmer werden auf diese Weise ausgenommen: man lässt sie jetzt höhere Rentenbeiträge zahlen, um den Staatshaushalt zu sanieren. Höhere Renten bringen ihnen diese Mehrzahlungen nämlich nicht. Stattdessen senkt Minister Heil mit die-

ser Aktion die bisher ordentliche Verzinsung der Renten.

Für uns steht fest: die SPD ist weder sozial, noch hat sie Respekt. Denn sie nutzt ausgerechnet die Beitragszahler für ihre Haushaltssanierung. Beim sogenannten Bürgergeld hingegen, das hälftig an Ausländer gezahlt wird, will sie nicht sparen. Stattdessen bürdet sie die Weiterbildungskosten für jüngere Bürgergeldempfänger jetzt der Arbeitslosenversicherung auf. Die zahlt zukünftig die Bildungsmaßnahmen für junge Menschen, die gar nicht bei ihr versichert sind. Damit hat Minister Heil eine neue versicherungsfremde Leistung geschaffen zu Lasten der Arbeitnehmer. Und wiederum merkt es fast keiner.

Bleibt zu sagen, dass jetzt auch noch das Rentenpaket II zu scheitern droht, mit dem das Rentenniveau bei mickrigen 48% Prozent stabilisiert werden sollte. Es ist heute schon deutlich niedriger als in allen anderen westlichen EU-Ländern. Klappt das nicht, weil sich die FPD dagegen sperrt, wird unser Rentenniveau weiter absinken. Das trifft Alte wie Junge gleichermaßen, zumindest bis die AfD in Regierungsverantwortung ist.

Ost-AfD ist der „kleine Reißnagel“ im „großen Ampel-Hintern“

Die Ampel setzt ihren Deutschlandzerstörungsauftrag auch nach dem Dreifach-Fiasko fort, das die AfD ihr bei den Ost-Wahlen bereitet (hat). Die Ampel-Auftraggeber in Washington und Brüssel scheinen nach wie vor zufrieden mit dem Zerstörungswerk von Amnesie-Scholz, Stammel-Baerbock, 1%-Lindner und Co. Wohl darum bleibt die Presse erstaunlich zahm und verleiht der immer stärker um sich greifenden Ampel-Wut der deutschen Steuerzahler nach wie vor keine angemessene Stimme.

Eines ist allen Altparteien klar: Würden sie jetzt sofort neu wählen lassen, wäre die AfD fast doppelt so stark im Bundestag vertreten wie bisher und manche ReGIERungspartei nur noch mit halbiertem Abgeordnetenzahl oder gar nicht mehr. Also besser weiter wursteln, ministeriale Rentenansprüche ansammeln und neue hochdotierte Spezl-Beamtenstellen schaffen für sinnlose Ideologieaufgaben. Ihre Hoffnung ist, dass die etwas naiveren Teile der deutschen Wählerschaft auch auf die nächste propagandistische Correctiv-Sau aufspringen, die durchs bundesdeutsche Dorf getrieben wird, um den Ruf der AfD zu beschädigen. Die „Think Tanks“ der Anti-AfD-Krieger laufen sicher schon auf Hochtouren.

Nicht nur in der parlamentarischen Arbeit, auch in der Parteiarbeit brauchen

wir einen sehr langen Atem. Aber die Wahlergebnisse der 18-24-Jährigen in Thüringen von 38% (die zweitstärkste Partei dahinter folgt erst mit 22% Abstand) zeigen uns: Die AfD wird kommen. Es ist nur eine Frage der Zeit. Von wegen „reine Protestwahl“: Der Anteil der Überzeugungswähler hat sich verdoppelt. Alle „Schwächung-durch-Spaltung-Versuche“ scheitern: Die „WerteUnion“ bewegt sich im Bereich 0,2-0,6%, die AfD-Restposten-Rampe „Bündnis Deutschland“, nicht der Rede wert. Die viel beschworenen „Freien Sachsen“ schafften es mit 2,6% nur die AfD als stärkste Partei in Sachsen zu verhindern: Sinnlose Wählerstimmenvernichtung.

Aber: „Das BSW, das tut weh!“ Wie lange wird es dauern bis die „Friedenspartei“, die gleich mit der „Taurus-auf-russische-Ministerien-Partei“ (CDU/CSU) ins Koalitionsbett steigen will, ihre Glaubwürdigkeit und damit Schädlichkeit für die überfällige deutsche Wende zerstört haben wird? Hoffentlich klappt die Entzauberung des 1-Damen-Bündnisses noch vor der Bundestagswahl am 28.09.2025. Denn nur eine AfD über 25% im Bundestag kann den Druck im Altparteien-Kessel richtig erhöhen.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und GSVP
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe
- Stellvertretender europapolitischer Sprecher

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📍 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss

Mein Start als neuer MdB in den Deutschen Bundestag in der bayerischen Landesgruppe

Schnell vorweg noch ein paar Angaben zu meiner Laufbahn in der AfD für alle, die mich noch nicht kennen. Ich bin Direkt- und Listenkandidat zur Bundestagswahl 2021 für den Wahlkreis Weiden i.d.Obpf. und nun als Nachrücker für Petr Bystron in den Bundestag eingezogen. Meine Parteiämter und Mandate sind: Mitglied des Landesvorstands Bayern und des Bundeskonvents. Seit 2020 bin ich Stadtrat in Weiden und auch Fraktionsvorsitzender, seit 2023 Bezirksrat der Oberpfalz. Ich bin absoluter Familienmensch und freue mich über vier Kinder und sechs Enkel. Ich bin in vier Vereinen aktiv und in der Freizeit fahre ich leidenschaftlich gern Motorrad.

Da wir in der AfD mittlerweile auf sehr professionelle und beruflich qualifizierte Leute zurückgreifen können, stand mein Team in Berlin und im Wahlkreisbüro sehr schnell auf sicheren Füßen. Immerhin müssen wir, im Gegensatz zur Konkurrenz auch auf Linientreue achten, „Parteihopper“ können wir nicht gebrauchen. Aufgrund der parlamentarischen Sommerpause hatten wir nun genügend Zeit, organisatorisch das/die Büros in einen optimalen Arbeitszustand zu versetzen. Da musste Mobiliar und IT-Ausstattung beantragt und eingerichtet werden, Hausausweise besorgt, Verträge eingereicht, Vollmachten erteilt, IT-Zugriffe geregelt,

Formulare eingerichtet, Datenschutz und Aufgabenverteilung geregelt und Visitenkarten oder Stempel besorgt werden, Social Media-Ausrichtung und -Kanäle sowie Webseite erstellt werden uvm., und nebenher habe ich mich mit den „unendlichen Weiten“ der Bundestagsgebäude vertraut gemacht. Ich werde also vom Start weg professionell über meine Arbeit – natürlich auch im Wahlkreis - auf allen Kanälen berichten können. Freuen Sie sich auf einen eigenen Monatsrückblick aus meinem Büro für den August, der dann so schnell wie möglich in einen Wochenrückblick übergeht.

Inhaltlich konnte ich im ersten Monat die Bundesregierung bereits mit tief-schürfenden Fragen in Erklärungsnot zu bringen. Sobald meine Mitgliedschaften in Arbeitskreisen und Gremien feststehen, was in der ersten Fraktions-sitzung nach der Sommerpause Thema sein wird, geht es natürlich ans Eingemachte!.

Manfred Schiller, MdB

Wahlkreis 235 Weiden

-  /manfred.schiller.afd
-  /Manfred.Schiller.AfD
-  www.manfred-schiller.de
-  t.me/MANFREDSCHILLERAFD
-  /ManfredAfD
-  /@manfred.schiller.afd

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**